



HESSISCHER LANDTAG

15. 09. 2015

Plenum

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Hessen wieder nach vorne bringen - hessische Schulen können mehr!

Die hessische Schulpolitik steht vor großen Herausforderungen - nicht nur durch die Betreuung und Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Auch die Lehrerversorgung ist nicht ansatzweise so geregelt, dass die Schulen hinreichend für die Umsetzung von wichtigen Herausforderungen im Bildungsbereich gerüstet sind. Das neue Schuljahr beginnt insbesondere aufgrund der jüngsten Stellenkürzungen mit Unfrieden an hessischen Schulen. Notfall- und Ausbaukonzepte fehlen, gute Vorschläge werden auf Eis gelegt, obwohl Hessen in bildungspolitischen Ländervergleichen immer wieder unterdurchschnittlich abschneidet. Das gilt insbesondere für Inklusion und Anzahl von Ganztagschulen.

Gute Bildung ist der Schlüssel für erfolgreiche Integration und bessere Chancen im Berufsleben. Eine wesentliche Voraussetzung für gute Qualität der Schulen ist, dass es genügend gut ausgebildete Lehrkräfte gibt, die kontinuierlich Fortbildungsmaßnahmen nutzen können. Auch hier gibt es in Hessen größere Defizite als in anderen Bundesländern. Der Lehrermangel an beruflichen Schulen wie auch der große und weiter steigende Bedarf an Lehrkräften, die für Deutsch als Zweitsprache qualifiziert sind, zeigen, dass in Hessen weitere Entwicklungen verschleppt wurden. Hinzu kommt, dass Lehrkräfte als reine Umverteilungsmasse des Schulsystems betrachtet werden und sich zunehmend zu Überlastungsanzeigen gezwungen sehen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass im hessischen Schulsystem eine Vielzahl von Baustellen angegangen werden muss, um die Qualität der Bildung in Hessen zu verbessern und allen Kindern und Jugendlichen zu gleichen Bildungschancen zu verhelfen.
2. Der Landtag stellt fest, dass für große Herausforderungen, wie inklusive Beschulung, Ganztagschulausbau, Sprachförderung oder die Beschulung und Betreuung von zugewanderten oder geflüchteten Kindern und Jugendlichen, eine ausreichende personelle Ausstattung der Schulen erforderlich ist, die momentan nicht gegeben ist.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, angesichts steigender Flüchtlingszahlen umgehend ein Konzept für Bildungsintegration zu erarbeiten.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, mindestens 900 zusätzliche neue Lehrkräfte einzustellen, um schnellstmöglich ausreichend Intensivklassen und Intensivkurse einzurichten, damit alle geflüchteten Kinder und Jugendliche umgehend ihr Recht auf den Besuch der nächstgelegenen Schule in angemessenen Lernbedingungen in Anspruch nehmen können.
5. Der Landtag fordert, dass über Neueinstellungen hinaus eine massive Fortbildungsinitiative für Deutsch als Zweitsprache sowie zum Umgang mit traumatisierten Kindern gestartet wird. Für eine gute Integration sind multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, Sozialarbeitern und Psychologen an den Schulen erforderlich. Das Land muss sich außerdem finanziell an Schulsozialarbeit beteiligen und darf dies nicht allein den Kommunen aufbürden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Ausbau und die Weiterentwicklung sowie die Genehmigung von echten Ganztagschulen zügig voranzutreiben. Ganztagschulen ermöglichen eine wesentlich bessere Förderung aller Kinder als Betreuungsangebote am Nachmittag, wie sie im Rahmen des Pakts für den Nachmittag an wenigen Schulen jetzt hinzukommen. Insbesondere das Grundschuldefizit im Ganztagsschulangebot muss angegangen werden. Deshalb müssen jährlich 100 Grundschulen in Hessen die Möglichkeit erhalten, in Profil-3-Schulen umgewandelt zu werden. Echte Ganztagschulen bieten auch für die Integration von Flüchtlingskindern und anderen Seiteneinsteigern in das Schulleben bessere Chancen.

7. Der Landtag kritisiert die Stellenkürzungen der Landesregierung im Bereich der Grundschulen, beruflichen Gymnasien und gymnasialen Oberstufen und auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern durch die Umverteilungen von Lehrkräften und fordert die Landesregierung auf, die Kürzungen zurückzunehmen, die einen Rückschritt auf dem Weg zur Chancengleichheit bei der Erlangung des Abiturs darstellen. Umverteilungen von Stellen durch Kürzungen an einzelnen Schulformen hierfür sind umgehend zurückzunehmen. Sich alleine damit zu brüsten, insgesamt keine Stellen im Bereich der Lehrkräfte abzubauen, ist angesichts der aktuellen Herausforderungen nicht genug. Hessen braucht mehr Lehrkräfte!
8. Der Landtag kritisiert die Stundenkürzungen bei den Intensivklassen und fordert die Landesregierung auf, die Kürzungen rückgängig zu machen und auch für Flüchtlingskinder eine Vollzeitbeschulung umzusetzen, um diese so schnell wie möglich in den Regel-schulunterricht zu integrieren.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Altersgrenze im Hessischen Schulgesetz und im neuen Programm InteA für alle jungen Flüchtlinge auf 25 Jahre zu erhöhen. Die derzeitige Altersgrenze von 18 bzw. 17 Jahren ist unzureichend. Auch die jungen hochmotivierten Flüchtlinge zwischen 18 und 25 Jahren, die durch Krieg und Flucht keine durchgehende schulische Bildung hatten, müssen eine Chance auf Allgemeinbildung und einen Schulabschluss erhalten. Auch sie brauchen berufliche Perspektiven.
10. Der Landtag stellt fest, dass Hessen bundesweit Schlusslicht bei der inklusiven Beschulung ist. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, den Ressourcenvorbehalt aus dem Schulgesetz zu streichen und einen Masterplan Inklusion zu entwerfen, der eine klare Richtung und Etappenziele definiert, wie inklusive Beschulung in Hessen künftig vorgebracht werden soll. Inklusion muss darin Aufgabe aller Schulformen sein.
11. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich umgehend auf Bundesebene für die Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schulbereich einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15 .September 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel